

... Jüder & ist vielfach die Auffassung hervor-
getreten, daß bei der Betriebsaufnahme der Jüderverträge am
25. April 1916 bei den Borsäten von mehr als 10 Jüd. nur der
Wegst annehmen genauen wäre, das sich nach Wegst von
10 Jüd. ergibt, und daß daher auch bei der Jüdervertrags-
regelung der Stadt nur die so reduzierte Jüdermenge auf
den Kopf und Monat zulebenden oder in Verrechnung
gebracht werden dürfte. Diese Auffassung ist durchaus irrig
und steht mit dem klaren Wortlaut der Bekanntmachung
des Bundesrats vom 10. April 1916 über den Verkehr mit
Verbrauchsjuden im Widerspruch. Es ist dort in § 14 be-
stimmt, daß jeder, der mit Beginn des 25. April 1916 Juden
im Gewerhau hat, ihn der zuständigen Behörde anzuzei-
gen hat. „Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht auf: a) Jüder-
verträge, die insgesamt 10 Jüd. nicht übersteigen.“ Durch
diesen Wortlaut ist klargelegt, daß alle Borsäte, die 10 Jüd.
übersteigen, anzeigepflichtig waren, und daß insbesondere
Wäzge nicht davon zu machen waren. Da den einzelnen
Gemeinden nach den Ausführungen des Bundesrats vom 25. April 1916

100